

19.02.2016

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

eine spannende Sitzungswoche geht zu Ende: Neben immer gern gesehenem Besuch aus dem Wahlkreis habe ich unter anderem der Zeitschrift „Raumfahrt Concret—Weltall + Erde + Mensch“ ein Interview gegeben.

Ein Thema dieses Interviews war auch die Ariane 6-Rakete. Diese Rakete wird nach der Entwicklung und Fertigstellung für eine Nutzlast von 5—10,5 Tonnen ausgelegt sein. Bekanntermaßen hätte ich mir schon allein aus Kostengründen lieber eine Weiterentwicklung der Ariane 5 gewünscht. Jedoch war dies leider nicht bei unseren europäischen Partnern durchzusetzen.



Außerdem sprachen wir über die Zukunft der Internationalen Raumstation (ISS) und die Arbeit von unserem deutschen Astronauten Dr. Alexander Gerst, der im Jahr 2014 knapp ein halbes Jahr als Bordingenieur auf der ISS war. Ich finde die Arbeit, die der Geophysiker und Astronaut auf der ISS geleistet hat, bewundernswert. Durch seine Arbeit und seine

Bilder, die er regelmäßig geschossen hat, hat er viele Jugendliche für technische Berufe begeistern können.

Gerade auch in unserem Wahlkreis leben viele Arbeitnehmer, die bei den nahe gelegenen Firmen beschäftigt sind, die in der Raum- und Luftfahrtbranche zu Hause sind. Zum Beispiel bei Airbus oder dem Satellitenbauer OHB. Die Raumfahrt sichert also auch Arbeitsplätze bei uns in der Region.

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'A. Matfeldt'.

Besuch aus dem Wahlkreis

Diese Woche hatte ich wieder eine tolle Truppe aus meinem Wahlkreis zu Besuch bei mir in Berlin. Rund 50 Teilnehmer haben vom Bundespresseamt wieder ein interessantes Programm geboten bekommen, um das politische Berlin kennen zu lernen.

Unter anderem war die Besuchergruppe zu einem Gespräch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Ein weiteres Highlight war sicherlich der Besuch des Bundeskanzleramtes und des Bundestages. Ich habe es mir natürlich nicht nehmen lassen, die Gruppe persönlich durch die Räume des Bundestages zu führen und viel mit ihnen zu diskutieren.

Richtige Lehren aus Köln

Nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln und anderen Städten ziehen wir in zweierlei Hinsicht die richtigen Lehren: Zum einen können straffällige Ausländer künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen werden wir straffällige Asylbewerber schneller die Flüchtlingsanerkennung verweigern. Bei Asylsuchenden reicht künftig eine Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr statt bisher von drei Jahren aus, um ihnen die Anerkennung zu verwehren. Für alle in Deutschland lebenden Ausländer gelten künftig schärfere Ausweisungsregeln. Seit dem 1. Januar 2016 gilt das neue Ausweisungsrecht, bei dem das Abschiebeinteresse gegen das Bleibeinteresse abgewogen wird. Künftig wird ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen bestimmter Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist, unabhängig

davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Das Ausweisungsinteresse ist dann bereits besonders schwerwiegend, wenn eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr erfolgt ist.

Damit stellen wir sicher, dass nur diejenigen Personen Schutz und Unterstützung in Deutschland erhalten, die diese auch tatsächlich verdienen und die sich dieser würdig erweisen.

Trotz dieser ersten Schritte in die richtige Richtung nach den Vorfällen von Köln, plädiere ich weiterhin dafür, dass das Strafrecht weiter verschärft wird. Grundsätzlich haben kriminelle Asylbewerber das Recht auf Schutz verwirkt und müssen konsequent abgeschoben werden— auch um als abschreckende Beispiele zu dienen.

Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren

(„Asylpaket II“)

In erster Lesung wurden in dieser Woche Änderungen im Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz beraten. Sie umfassen neben beschleunigten Asylverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, Folgeantragsteller und ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommende Asylbewerber auch die entsprechenden zur Durchführung dieser Maßnahme eingerichteten Aufnahmeeinrichtungen. Zudem werden wir den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre aussetzen. Flüchtlinge können ferner an den Kosten für Integrationsmaßnahmen beteiligt werden.

Wenn das Gesetz beschlossen ist, ist es wichtig, das es auch schnell und konsequent umgesetzt wird.

In Deutschland leben gut 200.000 vollziehbar ausreisepflichtige Personen. Vor allem die Länder sind hier gefragt, konse-

quent abzuschieben, wenn diese Personen nicht innerhalb kürzester Zeit freiwillig ausreisen.

Ich bleibe dabei, dass Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden dürfen, damit sich niemand mehr seiner Abschiebung entziehen kann. Außerdem ist es wichtig und richtig, dass Abschiebungen nur noch bei schwerwiegenden Erkrankungen ausgesetzt werden können und diese auch nachgewiesen werden müssen.

Ich hoffe, dass all diese Maßnahmen schnell greifen werden und die Länder ihre Abschiebequoten nun deutlich erhöhen werden, damit wir endlich Druck vom Kessel bekommen.

Hochschulen werden internationaler

Im Jahr 2015 waren insgesamt 321.569 ausländische Studierende in deutschen Hochschulen eingeschrieben. 2009 lag die Zahl noch bei 240.000 Studierenden. Besonders für Bildungsausländer, also Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowie ausländischer Hochschulzugangsberechtigung, scheint Deutschland ein attraktiver Studienstandort zu sein. 235.858 Bildungsausländer studierten 2015 in Deutschland (+ 56.000 im Vergleich zu 2009). Auch die Zahl der Bildungsinländer (Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, aber deutscher Hochschulzugangsberechtigung) stieg von etwa 50.000 Personen im Jahr 2009 auf 85.711 im Jahr 2015. Somit beträgt der Anteil von Ausländern an der Studierendenschaft 11,9 Prozent. Im Hörsaal treffen sich dabei Menschen aus aller Welt: Mit 30.259 Studierenden aus China (12,8 Prozent), 11.655 aus Indien (4,9 Prozent), 11.534 russischen Studierenden sowie 9.875 Österreichern (4,2 Prozent) wird die Liste der Herkunftsstaaten der Bildungsausländer angeführt. 34,7 Prozent dieser streben einen Bachelorabschluss an, hingegen 32,6 Prozent einen Masterabschluss. Umbrüche lassen sich auch bei der Wahl des Bundeslandes konstatieren: So veränderte sich die Anzahl der Bildungsausländer im Zeitraum 2010 bis 2015 in Thüringen um +62,8 Prozent und in Sachsen um +47,1 Prozent. In Rheinland-Pfalz sank die Zahl um -4,1 Prozent. Vielfalt und Internationalität prägen damit die gesamte deutsche Hochschullandschaft in noch nie gekanntem Ausmaße.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 10 18

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Sebastian Fischer